



an den

EINWOHNERRAT EMMEN

44/19 Beantwortung des dringlichen Postulats Beat Niederberger, Olivia Bucher und Dominik Marti namens der FDP Fraktion vom 1. Dezember 2019 betreffend Erhalt von 700 Arbeitsplätzen

Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

A. Wortlaut des Postulats

Ausgangslage

Eine umfassende Berichterstattung zeigt auf, dass im Zusammenhang mit der drohenden Insolvenz des Stahlkonzerns Schmolz + Bickenbach auch das Swiss-Steel-Werk in der Gemeinde Emmen mit existenziellen Gefahren konfrontiert ist. Bis jetzt haben sich der Luzerner National- und Ständerat sowie der Regierungsrat des Kantons Luzern für den Erhalt der 700 Arbeitsplätze eingesetzt. Der Konzern benötigt zusätzliches Kapital. Die Übernahmekommission (UEK) legte den aufgegleiten Kapitalmassnahmen formelle Hürden, welche keine Rücksicht auf die betroffenen Menschen in unserer Region nehmen. Die freisinnigen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt waren seit jeher Grundlagen und Fundament der Erfolgsgeschichte der Schweiz. Auf diesen Werten basieren freisinnige Errungenschaften wie unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Föderalismus, direkte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ein starker, aber schlanker Staat, das Milizsystem, ein gutes Bildungssystem und Weltoffenheit. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und in Krisen dürfen liberale Lösungsansätze nicht an formaljuristischen Klauseln scheitern. Ein Investor ist bereit, die finanzielle Krise abzuwenden und damit auch in sozialer Eigenverantwortung 700 Arbeitsplätze zu sichern. Diese Eigenverantwortung muss unterstützt werden, denn nur sie kann sicherstellen, dass für unzählige Familien in der Region das Einkommen und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Es braucht aber vor allem Vernunft, Weitsicht, Verantwortung für Mitmenschen bei den zuständigen Instanzen und Behörden. Der Gemeinderat Emmen muss auch daran interessiert sein, dass die zuständigen Behörden und Instanzen sich für das Wohlergehen der ganzen Region einsetzen.

Fragen

In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen zu beantworten

1. Welche Schritte kann der Gemeinderat in dieser Situation beeinflussen respektive unterstützen?
2. Wie viele der 700 Betroffenen leben in der Gemeinde Emmen?
3. Welche Auswirkungen hätte dies auf unsere Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung punkto zu bewältigenden Mehraufwand?

Antrag

Der Gemeinderat Emmen wird aufgefordert, die zuständigen Behörden und Instanzen auf die mit dem formalen Verhalten im Zusammenhang mit notwendigen Finanzspritzen für Schmolz + Bickenbach hinzuweisen.

Ausserdem soll er sich für den Erhalt der 700 Arbeitsplätze einsetzen und gleichzeitig auch die notwendigen Planungen für das Worst-Case-Szenario an die Hand nehmen.

Im Weiteren wird der Gemeinderat aufgefordert, sich, auf allen Ebenen, für den Erhalt des Industriestandortes Emmenbrücke einzusetzen.

B. Stellungnahme des Gemeinderates

1. Einleitung / Ausgangslage

Die Schmolz + Bickenbach-Gruppe übernahm 2003 die Aktienmehrheit am börsennotierten Stahlproduzenten Swiss Steel AG. Die Swiss Steel AG wurde 1996 mit Sitz in Emmen gegründet. Sie entstand als Holdinggesellschaft nach dem Zusammenschluss der ehemaligen Konkurrenten Von Moos Stahl AG und Von Roll Stahl AG. Sie vereinte unter sich zunächst die Von Moos Stahl AG, die Steeltec AG, das Logistikunternehmen Panlog AG mit Sitz in Emmen und die Stahl Gerlafingen AG mit Sitz in Gerlafingen, die aus der Von Roll Stahl AG hervorgegangen war. Im August 2005 legte das Jahrhundert-Hochwasser die Produktion während vier Wochen lahm. Die Schäden waren in zweistelliger Millionenhöhe und damit verbunden kamen Zweifel auf, ob die Firma in Zukunft bestehen kann. Die Belegschaft und das Management liessen sich nicht demoralisieren und befreiten das Werk durch persönlichen Einsatz von Schlamm und Wasser und reparierten oder ersetzten beschädigte Anlagen, wodurch die Firma gerettet werden konnte. Die Weltwirtschaftskrise liess die Produktion 2009 auf unter fünfzig Prozent schrumpfen, was im Folgejahr jedoch wieder nach oben korrigiert werden konnte und schliesslich im Jahr 2014 zur höchsten bisher hergestellten Menge produziertem Stahl führte. Im Jahr 2015 traf der Frankenschock die Swiss Steel AG als Exporteur jedoch hart und konnte nur durch Anstrengungen seitens des Managements und der Mitarbeitenden abgefedert werden.

Die gegenwärtigen Herausforderungen bei Schmolz + Bickenbach sind auf eine schleppende Konjunktur zurückzuführen. Verursacht durch offen ausgetragene Handelskonflikte und politische Unsicherheiten auf globaler Ebene wurde die Stahlnachfrage, insbesondere aus der Automobilindustrie, auf ein niedriges Niveau gedrückt. Die daraus resultierenden arbeitsrechtlichen Massnahmen, die geplante Kapitalerhöhung und damit verbundene Diskussionen um Einfluss im Verwaltungsrat bis hin zu Verkaufsabsichten ergaben ein Bild, zu dem auch beim Gemeinderat Ende Oktober 2019 Fragen aufkamen.

2. Zu den Fragen der Postulanten

1. Welche Schritte kann der Gemeinderat in dieser Situation beeinflussen respektive unterstützen?

Der Gemeinderat setzt sich kontinuierlich aktiv für wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein, mit denen unsere Gemeinde auch zukünftig ein attraktiver Werkplatz für eine prosperierende und produzierende Industrie bleibt. Damit verbunden pflegt der Gemeinderat regelmässig den offenen Kontakt mit den Verantwortlichen vor Ort sowie der Konzernleitung in Luzern und sichert seine Unterstützung zu. In diesem konkreten Fall wurde deshalb bereits am 31. Oktober 2019 ein Schreiben an den Verwaltungsratspräsidenten, Herrn Jens Alder, versandt. Der Gemeinderat hat darin die Bedeutung des Traditionsunternehmens zum Ausdruck gebracht, seine Gesprächsbereitschaft kundgetan und um direkten Kommunikationsfluss zwischen Schmolz + Bickenbach und der Gemeinde gebeten. Zudem stehen der Gemeinderat und der Leiter Bereich Kommunikation und Marketing, Wirtschaftsförderung im direkten Austausch mit der kantonalen Wirtschaftsförderung, welche Schmolz + Bickenbach ebenfalls als Key Account pflegt.

Der Gemeinderat verfolgt die Geschäftstätigkeit der Schmolz + Bickenbach Holding mit ihren produzierenden Betrieben am Standort Emmenbrücke und wertet so auch die getätigten Investitionen, zuletzt im Jahr 2017 der Bau eines neuen Hubbalkenofens mit zusätzlichem Equipment für rund 50 Millionen Franken, als positives Signal, den Standort Emmenbrücke langfristig zu erhalten. Aus der Antwort des Verwaltungsratspräsidenten Jens Alder vom 11. November 2019 auf das Schreiben des Gemeinderates wird deutlich, dass die für Schmolz + Bickenbach relevanten Standortvorteile deutlich für die Gemeinde Emmen sprechen.

2. Wie viele der 700 Betroffenen leben in der Gemeinde Emmen?

Von den 700 Mitarbeitenden in den Unternehmen Swiss Steel AG, Steeltec AG und Panlog AG am Standort Emmenbrücke haben 180 Personen ihren Wohnsitz in Emmen.

3. Welche Auswirkungen hätte dies auf unsere Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung punkto zu bewältigendem Mehraufwands?

Der zeitliche Aufwand ist von der Menge der neu als arbeitslos geltenden Personen abhängig. Die Auswirkungen können sich in zwei Bereichen mehr oder weniger auswirken. Den grössten Arbeitsaufwand würde der Gemeinderat bei der Erfassung und Anmeldung der arbeitslosen Personen auf dem Arbeitsamt sehen. Punktuell, aber dennoch weniger, dürfte die wirtschaftliche Sozialhilfe in Anspruch genommen werden müssen. Der Einsatz der wirtschaftlichen Sozialhilfe käme in einer ersten Phase nur dann zur Anwendung, wenn eine vorübergehende Bevorschussung der Arbeitslosenversicherung notwendig würde. Via Arbeitslosenversicherung besteht bereits ein erstes finanzielles Auffangbecken für Arbeitslose.

Damit die Arbeitslosenversicherung zum Tragen kommt, haben sich arbeitslose Personen auf dem Arbeitsamt anzumelden. Gemäss bisherigen Erfahrungen beträgt der zeitliche Aufwand für die Ersterfassung der personellen Angaben zwischen 15 und 30 Minuten. Weitere maximal 30 Minuten sind für das Ausfüllen der eigentlichen Anmeldung einzuplanen. Der genaue Aufwand ist abhängig vom Erklärungs-, Beratungs- und Verarbeitungsaufwand. Anschliessend haben sich die arbeitslosen Personen monatlich, während den Stempeltagen, beim Arbeitsamt zu melden. Diese Aufwendungen liegen bei ca. 5 bis 10 Minuten pro Person.

Bei drohendem Verlust vieler Arbeitsplätze eines Arbeitgebers müsste die Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber gesucht werden, damit die Orientierung gesamtheitlich vorgenommen und das Anmeldeprozedere auf ein Minimum beschränkt werden könnte. Dieses Vorgehen wurde bereits in anderen Fällen erfolgreich praktiziert. Dabei haben Mitarbeitende des Arbeitsamtes die betroffenen Personen direkt beim Arbeitgeber vor Ort informiert und die entsprechende Anmeldung vorgenommen. Somit könnten die zeitlichen Ressourcen begrenzt und räumliche Engpässe beim Arbeitsamt vermieden werden.

Sofern die Dienstleistungen der Sozialen Dienste in Anspruch genommen werden müssen, muss pro Fallaufnahme mit einem Zeitbedarf von rund 2½ Stunden gerechnet werden. Dabei nicht mitberücksichtigt wäre die anschliessende, zeitaufwändige Begleitung und Betreuung der Klienten. Sollte eine grosse Anzahl der Mitarbeitenden der Swiss Steel AG, Steeltec AG und Panlog AG in die Arbeitslosigkeit geraten, hätte dies, aufgrund der vorstehenden Äusserungen, mit Sicherheit Auswirkungen auf unsere Mitarbeitenden. Der heutige Personalbestand ist nicht auf solche Sondereinsätze ausgerichtet. Eine Ausdehnung der heutigen Ressourcen wäre jedoch mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht so einfach möglich, da einerseits ein gewisses Fachwissen notwendig ist und andererseits schneller temporärer Einsatz notwendig würde. Unabhängig davon geht der Gemeinderat davon aus, dass die erhöhte Arbeitsmenge kurzfristig abgedeckt werden könnte. Es wäre aber damit zu rechnen, dass für die übrige Arbeit nicht mehr genügend Ressourcen eingesetzt werden könnten und dadurch Verzögerungen in Abwicklungen und Verarbeitungen vorkommen würden.

3. Zu den Forderungen der Postulanten

Der Gemeinderat war sich der Tragweite der am 2. Dezember 2019 stattgefundenen Generalversammlung und möglicher daraus resultierender Konsequenzen für die Gemeinde Emmen bewusst und ist deshalb bereits Ende Oktober 2019 mit dem Verwaltungsrat in Kontakt getreten. Dabei wurde sowohl die Kommunikationsbereitschaft als auch die Unterstützung zugesichert.

Ende November 2019 schaltete sich schliesslich der Regierungsrat des Kantons Luzern auf verschiedenen Ebenen für die Interessen der betroffenen Arbeitnehmenden und die volkswirtschaftlichen Anliegen des Kantons Luzern ein. In einer Sondersitzung hat der Regierungsrat die Situation gemeinsam mit dem Direktor der Wirtschaftsförderung Luzern analysiert, dabei die Gemeinde Emmen als Standortgemeinde jedoch nicht integriert. Am 27. November 2019 hat sich Regierungspräsident Paul Winiker telefonisch direkt mit Bundesrat und Wirtschaftsminister Guy Parmelin ausgetauscht, um Möglichkeiten und Massnahmen zur Unterstützung von Schmolz + Bickenbach zu erörtern. Zudem führte der Luzerner Wirtschaftsdirektor persönlich Gespräche mit der Konzernleitung, um die Bereitschaft des Regierungsrates zur politischen Unterstützung des Unternehmens auszudrücken. Gleichentags appellierte der Regierungsrat mit einem Schreiben an die volkswirtschaftliche Verantwortung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht Finma (vgl. Medienmitteilung vom 27. November 2019).

4. Kosten

Die Beziehungspflege zu den Unternehmen liegt innerhalb der Aufgaben des Gemeinderates auf politischer Ebene und der lokalen Wirtschaftsförderung auf fachlicher Ebene. Diese damit verbundenen Massnahmen werden mit budgetierten Mitteln aus dem Aufgaben- und Finanzplan erbracht.

5. Schlussfolgerung

Der Gemeinderat kommt zum Schluss, dass die frühzeitige Kontaktaufnahme mit den Verantwortlichen seitens Schmolz + Bickenbach und die signalisierte Dialogbereitschaft, das Unternehmen zu unterstützen, sehr positiv aufgenommen wurden. Zusammen mit den Gesprächen und Interventionen des Kantons ergeben diese Massnahmen ein gutes Bild für den Luzerner Standort. Auf die für das Unternehmen entscheidenden Marktbedingungen ausserhalb der Gemeinde hat der Gemeinderat hingegen keinen Einfluss. Gerade deshalb ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen und ein Worst-Case-Szenario zu erarbeiten, um den Bedürfnissen im Falle eines Konkurses einer Unternehmung mit einer grossen Anzahl an Mitarbeitenden, die arbeitslos werden und die Leistungen des Arbeitsamtes beanspruchen müssen, gerecht zu werden bzw. intern geklärte Abläufe definiert zu haben.

Emmenbrücke, 11. Dezember 2019

Für den Gemeinderat

Ramona Gut-Rogger
Gemeindepräsidentin

Patrick Vogel
Gemeindeschreiber